



Vierteljähriger Abonnementssatz, in Breslau 5 Mark, außerhalb 6 Mark. — Kosten-Abonnement, 50 Pf. außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühr für den Raum einer sechzeheligen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Redakte 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 74. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 14. Februar 1876.

Deutschland.

Berlin, 12. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Landeshauptmann von Schlesien, Landschafts-Director, Schloßhauptmann von Charlottenburg und Kammerherrn Grafen v. Büdler auf Ober-Weltkris, im Kreise Schweidnitz, dem Kreisgerichts-Director Schmidt zu Borten und dem Poststrath Brachvogel zu Coblenz, bisher in Kiel, den Roten Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife; dem Oberst-Lieutenant z. D. von Körff-Krotius, bisher Commandeur des Pommerschen Train-Bataillons Nr. 2, dem Stadtgerichts-Rath a. D. Göhler zu Breslau, dem Justiz-Rath Rechtsanwalt und Notar Bley zu Quedlinburg, dem Postmeister Weißlar zum Homburg, dem Postcommisarius Sarius zu Greußen, dem Postcommisarius Biegert in Zeitz, dem Director der Stettiner Maschinenbau-Actiengesellschaft „Vulcan“ Rudolph Haack zu Grabow a. O., und dem Adlermeister Rauter zu Johannisberg, im Rheingau-Kreise, den Roten Adler-Orden 4. Klasse; dem Professor und Lector an der Universität in Berlin, Fabbrucci, und dem Kreisgerichts-Rath Rose zu Minden den königlichen Kronen-Orden 3. Klasse; dem Amtseckretär a. D. Fischer zu Schulenburg, Amts-Calenberg, den königlichen Kronen-Orden 4. Klasse; dem Schuhlehrer Ferlmann zu Walfrop, im Kreise Recklinghausen, den Adler-Orden des königlichen Husarenordens von Hohenholzern; dem vormaligen Gerichtsmanne Jänsch zu Nienburg, im Kreis Wohldau, das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Sergeanten Nicl im Ospreußischen Füsilier-Regiment Nr. 33 und dem ehemaligen Gefreiten in demselben Regiment, jetztigen Landwirt Eugen Heidfeld zu Danzig, die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König hat den Syndikus der Handelskammer zu Bremen, Dr. jur. von der Leyen, und den königlich-preußischen Regierung-Asseessor Cruse zu kaiserlichen Regierungs-Häfen und Händlungen Hilfsarbeiter beim Reichseisenbahn-Amte ernannt.

Se. Majestät der Kaiser hat im Namen des Deutschen Reichs den Senatspräsidenten Friedrich Wilhelm Bleibtreu zum ersten Präsidenten des Appellationsgerichts in Colmar, und den Landgerichts-Rath Ferdinand Schön vom 1. März d. J. ab zum Rath bei dem genannten Appellationsgericht ernannt.

Se. Majestät der König hat den Gymnasialdirector Dr. Carl Kruse in Greifswald zum Provinzial-Schulrat ernannt; sowie dem Kaufmann Bernhard Selter zu Lubinitz den Charakter als Commissions-Rath; und dem Besitzer einer Fabrik für Wasser- und Gasanlagen Techniker Rudolph Krüger zu Berlin, das Präsidat eines Königlichen Hoflieferanten verliehen.

Der Provinzial-Schulrat Dr. Kruse ist dem Provinzial-Schulcollegium zu Königsberg i. Pr. überwiesen worden. Der Privatdozent Dr. Otto Wallach ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Facultät der Universität zu Bonn ernannt worden. — Der bisherige Königliche Kreis-Bau-meister Otto Hirt zu Samter ist zum Königlichen Bauinspector ernannt und demselben die Bauinspector-Stelle zu Posen verliehen worden.

Berlin, 12. Februar. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen gestern vor dem Diner den Vortrag des Reichskanzlers Fürsten Bismarck entgegen.

Heute hörten Se. Majestät die Vorträge des General-Majors von Albrecht und des Geheimen Gabinetts-Raths von Wilmowski.

Beide Kaiserliche Majestäten dinierten gestern bei Ihren Kaiserlichen Hohenherren dem Kronprinzen und der Kronprinzessin.

Heute besuchte Ihre Majestät die Kaiserin-Königin Se. Königliche Hoheit den Prinzen Georg, um Ihn zu Seinem Geburtstage zu beglückwünschen.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittags die Meldungen des Obersten von Radcke, Commandeur des 1. Pommerschen Ulanen-Regiments Nr. 4, des Majors Leo, Commandeur des Oberschlesischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 21, und einiger anderer Offiziere entgegen. Abends besuchte Höchstdersele die Vorstellung im Schauspielhause. (Reichsanzeiger.)

○ Berlin, 13. Februar. [Bismarck und der Reichstag. — Cardinal Hohenlohe. — Transport-Erliegerungen.]

Die Worte des Fürsten Bismarck zum Schluss der Reichstags-Session geben die Signatur in Bezug auf das Verhältnis zwischen Regierung und Reichstag. Die milde Stimmung ist Angesichts der letzten Berathung über die Strafgesetz-Novelle um so bezeichnender. Ungeachtet der wichtigen Anträge, die zunächst abgelehnt sind und deren Erledigung von der künftigen Session erwartet wird, hat die Regierung doch in Demjenigen, was schon jetzt vereinbart worden, ein erhebliches Entgegenkommen des Reichstages anzuerkennen. Von 61 Paragraphen sind 52 revidirt, jedenfalls ein beachtenswerther Anfang der Revision. Über abgelehnt von der Schätzung dieses Ergebnisses ist jedenfalls von großer Bedeutung, daß die Stimmung zwischen Regierung und Reichstag am Schlusse der Session im entschiedenen Widerspruch mit den pessimistischen Ankündigungen steht, welche bekanntlich vorzugsweise von den Organen der äußersten Rechten und der Clericalen ausgegangen waren. Dieselben haben sich in ihren Hoffnungen in jeder Beziehung getäuscht gesehen. — Die „Schles. Volkszeitung“ läßt sich einen Brief aus Rom schreiben, in welchem sie der angeblich von liberaler Seite verbreiteten Meinung entgegtritt, als sei der Cardinal Hohenlohe in Rom in Ungnade gewesen. Alles, was von „liberalen“ Blättern über das Verhältnis des Cardinals zum Vatican geschrieben werde, bestehne in mehr oder weniger böswilligen Erfindungen. Zwischen beiden habe nie ein feindliches Verhältnis bestanden. Der Cardinal sei stets mit der Genehmigung des Papstes abwesend gewesen und habe stets mit dem Vatican und anderen kirchlichen Autoritäten Rom, vorzüglich mit dem Cardinal Antonelli, in Verbindung gestanden. Es gehört doch eine mehr als dreiste Stirn dazu, jetzt den Liberalen in die Schuhe zu schieben, was von clericaler Seite mit den gehässigsten Insinuationen gegen Hohenlohe seit anderthalb Jahren behauptet worden. Nicht nur die „Germania“, sondern sämtliche ultramontane Blätter haben dafür Belege genug geliefert und unter Anderem wiederholts spöttisch an Hohenlohe die Frage gerichtet, warum er nicht auf seinen Posten nach Rom zurückkehre. — Für die vom 8. bis 10. Juni in Breslau stattfindenden Maschinen-Ausstellung hat der Handelsminister die üblichen Transport-Erliegerungen auf den Staatsbahnen bewilligt.

= Berlin, 13. Februar. [Aus dem Bundesrath. — Die Justizcommission. — Dr. v. Fäustle.] Die Bundesrats-Ausschüsse werden in der nächsten Zeit eine sehr umfangreiche Thätigkeit zu entwickeln haben, da ihnen, wie wir bereits gemeldet haben, das gesammte vom Reichstag an den Bundesrath überwiesene Material zu weiterem Besinden unterbreitet worden ist. Wie man hört, wird nun doch bezüglich einzelner Beschlüsse des Reichstages noch eine weitere Berathung in den Ausschüssen erfolgen, so daß augenblicklich bezüglich einzelner Gegenstände noch nicht abzusehen ist, ob und inwieweit eine Vereinbarung zwischen Reichstag und Bundesrath erzielt werden möchte. Bis zu einem gewissen Grade scheint man das u. A. von dem Hilfskassengesetz zu besorgen, von welchem man bis dahin angenommen hatte, daß es die Zustimmung des Bundesrath's anstandslos finden würde. — In hiesigen reichsfreundlichen Kreisen legt man den

gestern erfolgten Beschlüssen der Justizcommission des Reichstages durch Annahme des jüngst erwähnten § 7 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz eine besondere Bedeutung bei. Dieser § 7 hat folgenden Wortlaut: „Durch die Gesetzgebung eines Bundesstaates, in welchem mehrere Oberlandesgerichte errichtet werden, kann die Verhandlung und Entscheidung der zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehörenden Revisionen und Beschwerden in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten einem obersten Landesgerichte zugewiesen werden. Diese Vorschrift findet jedoch auf bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, welche zur Zuständigkeit des Reichs-Oberlandesgerichts gehören oder durch besondere Reichsgesetze dem Reichsgerichte zugewiesen werden, keine Anwendung.“ Diese Bestimmung hat eine lange Vorgeschichte und es hat Jahre-langer Erwägungen und Debatten gekostet, bevor eine Verständigung im Sinne der oben angeführten Anordnung erzielt werden konnte. Der bayerische Justizminister Dr. v. Fäustle, der bei diesen Auseinandersetzungen in erster Reihe beteiligt und bestrebt war, in gleicher Weise den unerlässlichen Rücksichten für den von ihm vertretenen Bundesstaat, wie den Reichs-Interessen gerecht zu werden, hatte sich eigens nach Berlin begeben, um an den Berathungen der Justizcommission über diesen Paragraphen Theil zu nehmen. Der Minister entwickelte, wie uns allseitig berichtet wird, in durchaus klarer und objektiver Weise die rechtspolitischen Gesichtspunkte, welche ihn bei seiner bisherigen Haltung geleitet und denen der Bundesrath in der Vorlage Rechnung getragen hatte. Die Rede des Ministers machte denn auch allseitig einen durchweg bestiedigenden Eindruck und war nicht wenig förderlich für das Resultat der Annahme des Paragraphen, welches den fast vierjährigen Bemühungen des Herrn v. Fäustle in der gedachten Richtung wohl zu gedenken ist. Der Minister verläßt übrigens morgen Mittag Berlin, begibt sich direct nach München zurück, von wo er erst im Frühjahr zur Theilnahme an den Arbeiten des Bundesrathes, bezüglich der weiteren Förderung der gesammten Justizgesetze, hierher zurückkehren wird.

[Vor dem Reichstags-schluß] haben sich die Fraktionen der Linken noch über die Partei-Organisation geeinigt. Die National-Liberalen und die Fortschrittspartei werden wie bei den letzten Wahlen Hand in Hand gehen und gegenseitig für den Candidaten der anderen Fraktionen stimmen, wo sich für denselben eine Mehrheit zeigt. In den Provinzen wird dies entschieden von großem Nutzen gegenüber den Bestrebungen der Ultramontanen und Sozialdemokraten sein. Die Conservativen kommen nicht in Betracht und die großen Hoffnungen auf die Bildung einer mächtigen gouvernementalen Partei werden sich als irrealistisch erweisen.

[Der General-Lieutenant z. D. Frhr. Theodor von Trotschke,] Mitglied der General-Ordens-Commission und stimmühreres Mitglied des General-Artillerie-Comites, ist am Abend des 11. Februar im fast vollendeten 66. Lebensjahr hier gestorben.

Am 13. März 1810 geboren, war General Frhr. v. Trotschke, im aktiven Dienste zuletzt Director der vereinigten Artillerie- und Ingenieur-Schule, seit Jahren als bedeutender Militair-Schriftsteller bekannt. Er starb inmitten seiner Thätigkeit, beschäftigt mit der Herausgabe der Fortsetzung der Historischen Kriegs-Geschichte. Vermäßt war der Heimgegangene mit einer Tochter des verstorbenen Geheimer Commerzienräths Krause. Der General hinterließ eine verheirathete Tochter und zwei Söhne, von denen der ältere Premier-Lieutenant im Garde-Füsilier-Regiment, zur Dienstleistung beim großen Generalstab commandirt, und der jüngere Lieutenant im 2. Garde-Regiment zu Fuß ist.

[Erklärung.] Die socialdemokratischen Reichstags-abgeordneten veröffentlichten folgende Erklärung:

„In der Sitzung des Reichstags vom 9. d. M. gefiel es dem Fürsten Bismarck, die bestürzten Angriffe und Beleidigungen gegen die socialdemokratische Partei und deren Vertreter in der Presse und in dem Reichstage, so wie gegen die deutschen Arbeiter im Allgemeinen zu schleudern. Das einfachste Gerechtigkeitsgefühl erheischt, daß es den so Angegriffenen und persönlich Beleidigten ermäßigt wurde, diese Angriffe und Beleidigungen gebührend zurückzuweisen. Allein das Recht der Vertheidigung, welches selbst dem gemeinsten Verbrecher eingeräumt wird, wurde den Unterzeichneten, von denen sich zwei zum Wort gemeldet hatten, verweigert, indem die Majorität des Reichstags auf Antrag des offiziellen und gewohnheitsmäßigen Schlus-antragstellers, des Herrn Abg. Valentini, ihnen das Wort abschnitt. Da und die Geschäftsführung des Reichstages schuldet lädt, so protestieren wir hiermit gegen diesen unerhörten Act der Vergewaltigung der Minorität durch die Majorität und überliefern denselben dem Urteil der öffentlichen Meinung. Berlin, den 10 Februar 1876. Die anwesenden Reichstags-abgeordneten der sozialistischen Arbeiterpartei.

Bebel, Geib, Hasselmann, Liebknecht, Motteier, Reimer, Wahlreich.

Wir dankten, die Herren hätten immer Gelegenheit genug gehabt, ihre Phrasen an den Mann zu bringen, und etwas Anderes, als eine Wiederholung des hundert und tausend mal Gesagten würden sie auf die Rebe Bismarck's ja doch nicht zu erwarten gehabt haben.

[Die Reichseisenbahnen.] Nach der vom Reichseisenbahnamte herausgegebenen Jahresnachweisung betrug am Ende des Jahres 1875 die Gesamtstrecke der Betriebe befindlichen Eisenbahnen Deutschlands excl. Baierns 24,135,1 Kilometer, von denen 8524,8 Kilometer weiteleig waren. Es wurden im Laufe des Jahres 2051,5 Kilometer dem Verkehr übergeben, während sich die Zahl der selbständigen Eisenbahnverwaltungen auf 63 vermehrte. Befördert sind an fabrplanmäßigen Zügen 137,087 Courier- und Schnell-, 897,589 Personen-, 353,471 gemischte und 802,776 Güterzüge; an außefahrplanmäßigen Zügen: 19,632 Person- und gemischte und 328,361 Güterzüge. Im Ganzen wurden 7,040,614,509 Achtkilometer bewegt, von denen 1,933,274,098 auf die fabrplanmäßigen Züge mit Personenbeförderung entfielen. Es wurden demnach im Durchschnitt pro Tag 6956 Züge befördert, welche 19,289,354 Achtkilometer täglich zurücklegten. Dabei ist zu bemerken, daß die Zahl der Courier- und Schnellzüge gegen das Vorjahr eine Abnahme von 4334, mitt hin von fast 12 Zügen pro Tag, ergiebt. Es verspäteten von den 1,388,147 fabrplanmäßigen Courier- und Schnell-, Personen- und gemischten Zügen im Ganzen 23,626 Züge oder 1,70 Prozent. Von diesen Verspätungen wurden jedoch 9630 durch das Abwarten verspäteter Anschlußzüge hervorgerufen, so daß durch im eigenen Betriebe der Bahnen liegende Ursachen 13,996 Verzögerungen bei 1,01 Prozent der beförderten Züge entstanden. In Folge der Verzögerungen wurden 4191 Anschlußzüge versäumt. Analog den Ergebnissen des Vorjahrs zeigen die ersten Monate des Jahres eine stetige Abnahme der Zugverspätungen (von 0,93 Prozent im Januar bis auf 0,31 Prozent im April). Der Monat Mai (Beginn des Sommerfahrplans und Pfingstfest) tritt mit 1,01 Prozent aus der Reihe heraus, deren Glieder vom Juni bis zum December (von 0,39 Prozent bis auf 2,97 Prozent) wieder stetig wachsen. Von den bewegten Achtkilometern sämmtlicher Züge kommen auf jeden Kilometer Bahnlänge 307,800 Achtkilometer, gegen 325,900 Achtkilometer im Jahre 1874.

[Der Schooner „Anna“.] Der „Staatsanzeiger“ schreibt. Von den Regierungen Großbritanniens, Russlands und der Vereinigten Staaten von Amerika ist mit dankenswerther Bereitwilligkeit die Unterstützung derjenigen Schritte zugesagt worden, welche der kaiserliche

Gesandte in Peking in Angelegenheit des bei Foochow gesunkenen und zerstörten deutschen Schooners „Anna“ bei der chinesischen Regierung zu thun die Ermächtigung erhalten hat. Der verbrecherische Angriff, der zuletzt in der Nummer vom 29. November v. J. erwähnt wurde, steht bekanntlich nicht vereinzelt da, es haben sich vielmehr in der letzten Zeit verschiedene Fälle dieser Art auch mit Handelsschiffen anderer Nationen an der chinesischen Küste ereignet, ohne daß, wie es allerdings im vorigen Jahre nach Plündering der in der Nähe von Swatow gestrandeten deutschen Bark „Fürst Bismarck“ gelungen ist, von den Local- oder Provinzialbehörden die Bestrafung der Schuldigen und Entschädigung für die Interessenten zu erreichen gewesen wäre. Der Nutzen der deutscherseits angeregten gemeinschaftlichen Be-handlung dieser Angelegenheit in Peking vom Standpunkt des allen Vertragsmächten gemeinsamen Interesses an der Sicherheit von Handel und Schiffahrt gegen See- und Strandräuber an den Küsten Chinas wird hoffentlich nicht auf die Bestiedigung der wegen des Schooners „Anna“ eroberten Reclamation beschränkt bleiben. Man darf vielmehr erwarten, daß die chinesische Regierung sich von der Nothwendigkeit überzeugen werde, auch im eigenen Interesse wirksamere Maßregeln, als bisher zur Unterdrückung dieses verbrecherischen Unwesens im Bereich ihrer Souveränität zu ergreifen.

[Münz-Prägungen.] In den deutschen Münzstätten sind bis zum 5. Febr. 1876 geprägt: an Goldmünzen: 1.005,211,660 M. Doppeltronen, 307,01,730 M. Kronen; hierauf auf Privatrechnung: 104,349,127 M.; an Silbermünzen: 28,096,100 Mark 5-Pfennigstücke, 114,470,192 Mark 1-Pfennigstücke, 14,762,817 M. 50 Pf. 20-Pfennigstücke, 20,817,872 M. 40 Pf. 20-Pfennigstücke, an Nickelmünzen: 13,840,308 Mark 70 Pf. 10-Pfennigstücke, 7,897,459 Mark 75 Pf. 5-Pfennigstücke; an Kupfermünzen: 4,839,648 Mark 30 Pf. 2-Pfennigstücke, 2,605,446 Mark 77 Pf. 1-Pfennigstücke. Gesamt-Ausprägung: an Goldmünzen: 1,313,113,390 Mark; an Silbermünzen: 178,146,981 Mark 90 Pf.; an Nickelmünzen: 21,737,768 Mark 45 Pf.; an Kupfermünzen: 7,445,09 Mark 7 Pf.

Hannover, 12. Februar. [Der hier tagende westfälische Städtetag.] auf welchem 36 Städte vertreten waren, beschloß, daß „weber praktische noch politische Gründe vorhanden wären, um sofortige Einführung der Kreis- und Provinzialordnung in den westlichen Provinzen hinauszuschieben“. Ferner wurde „eine gerechte Vertretung der Städte auf den Kreistagen und deren angemessene Stellung in denselben für geboten erachtet und der baldige Erlass einer neuen Städteordnung für die ganze Monarchie als wünschenswerth bezeichnet“.

Worms, 12. Februar. [Verhaftung.] Die „Neue Wormser Zeitung“ schreibt: „Unserer gestrigen Mittheilung über die Verhaftung unseres früheren Redacteurs Westerburg haben wir hinzuzufügen, daß derselbe gemeinsam mit den wegen Blei-Diebstahl und Gehetze Verhafteten in einem gewöhnlichen Gefangen-Wagen nach Alzey abgeführt wurde. Die Intervention eines Dritten und das Erbieten, die Fahrt in zweiter Wagen-Klasse selbst zu bezahlen, hatte nicht den gewünschten Erfolg, wiewohl der Gesundheits-Zustand des Herrn Westerburg eine schonende Behandlung dringend erforderte, und es uns doch gelinde gelag, etwas hart dünkt, einen wegen politischer Vergehen zu Festungs-Haft Verurteilten mit gemeinen Verbrechern zusammen zu transportieren.“

Österreich.

* Wien, 11. Februar. [Nochmals die Ausweisungen. — Tisza und Szell in Wien. — Ein Communiqué über die Verhandlungen mit Ungarn.] Leider bestätigt sich auch die Ausweisung Kittians, die übrigens bei weitem weniger frappant als diejenige Lewyson's, der heute auch das „Tageblatt“ einen Artikel widmet. Geradezu unerklärlich ist und bleibt mir das Schicksal Lewyson's, der im „Tageblatt“ lediglich über auswärtige Politik schrieb und dessen Briefe nach außen hin sicherlich seinen conciliante Charakter nicht verleugneten. Ein Nachspiel zu dem Falle Lewyson bringt heute das „Amtsblatt“ durch ein objectives Urteil des Landesgerichtes, das die Verbreitung seines Briefes an den Fürsten Auersperg verbietet. Auf der Polizeidirection beharrt man dabei, eine Razzia sei nicht beabsichtigt; aber jene Gutmäßigkeit müsse ein Ende haben, daß Österreich systematisch draußen angelächelt werde von Herren, die sich hier aller erdenklichen Zuverkommenheiten für ihre Correspondenzen von Seite der Behörden erfreuen. Gewiß! auch ich kenne Herren, die ihren Herd im Preßkreis haben und doch keinen Anstand nehmen, auch in regierungseindlichem Sinne zu correspondiren, wenn man es draußen verlangt — aber Ausländer sind es mit nichts!

— Tisza und Szell sind soeben hier eingetroffen — aber, wie es scheint, nur zu Besprechungen mit unseren Ministern, noch nicht zu eigentlichen Verhandlungen, da sie keine Beamten mitgenommen haben. — Ein sehr feindseliges Pester Communiqué, das ihnen vorangegangen, besagt, daß unsere Regierung ihnen auf's Freundlichste entgegenkommt und daß eine Einigung über den Münzfuß, die Valuta und die Reciprocity in der Bankfrage um so mehr anzuhoffen sei, als an „maßgebender Stelle“ gerade jetzt ein unbedingtes Zusammensein aller Machtfactoren, mit Rücksicht auf die auswärtige Politik, als unerlässlich betont werde.

Pest, 12. Februar. [Dementi.] Von zuverlässiger Seite geht dem „Pester Lloyd“ die Mittheilung zu, daß die Gerüchte, welche eine Besetzung Bosniens durch österreichisch-ungarische Truppen als in dem Plane des Grafen Andrassy gelegen bezeichneten, jeder Begründung entbehren. Ebenso seien die Details, mit denen man dieselben zu unterstützen sucht, entweder absolut unwahr oder vollständig entstellt und tendenziös übertrieben.

Frankreich.

○ Paris, 10. Februar, Abends. [Zur Entlassung Leon Renault's. —

dem Vicepräsidenten des Conseils nicht. — Der Baron Haussmann hat in einem directen Schreiben an den Marshall-Präsidenten den Charakter seiner Candidatur im 1 Pariser Stadtbereich zu erklären für nöthig gehalten. Obwohl er stets das Amt an die persönliche Güte des Kaisers bewahrt und stets die Abschaffung einer Regierung bedauern wird, welche Frankreich eine lange Reihe von ruhigen glücklichen Jahren gegeben hat, verspricht doch der Baron, nicht durch eine systematische Feindschaft gegen das Werk eisern zu wollen, mit dessen Organisation die hohen öffentlichen Gewalten beauftragt sind. Sollte seine Candidatur ihren spezifisch parischen Charakter verlieren, so würde er ihr auch sofort ihr Existenzrecht absprechen.

Paris, 11. Februar. [Zur Renault'schen Angelegenheit. — Die „Debats“ über die englische Adressdebatte. — Magnier.] Die Renault'sche Angelegenheit liefert noch unerhörte Leidenschaftsstoff. Sie ist in der That nichts Anderes als eine Wiederholung des Streits zwischen Buffet und Leon Say, nur daß diesmal der Vicepräsident des Conseils seinen Willen durchsetzt. Für die kurze Zeit, die Buffet noch übrig bleibt, will er eben als Herr und Meister regieren. Der „Moniteur“, welcher bekanntlich die Richtigkeit des Duc Decazes und des Polizeipräfekten selber vertritt, meint: „Der Rücktritt L. Renault's fana unter die größten Erfolge zählen, welche die Bonapartisten seit vier Jahren errungen haben. Die Partei, für welche der Vicepräsident des Conseils, seitdem er die Gewalt besitzt, seine ganze Strenge und sein ganzes Misstrauen aufbewahrt, ist die Partei, welche auf den Betrieb Buffet's selber die Verfassungsgesetze geschaffen und es dann ernst mit ihnen genommen hat. Das sind die Feinde, welche Buffet überall verfolgt, welche er als die Urheber der sozialen Gefahr betrachtet und auf deren Vernichtung es nach seiner Meinung ankommt. Und doch muß es gesagt werden: wenn heute die Republik besteht, so ist das Buffet zu danken. Das große Verbrechen Renault's besteht also darin, daß er glaubte, Buffet habe einen überlegten, aufrichtigen Gewissensact vollzogen, als er zur Annahme der Verfassung rieb und das Interesse der Conservativen, sowie ihres Führers, des Marshalls Mac Mahon, bestrebt hinsicht in der Gründung einer großen Verfassungspartei. Solchen Thatsachen gegenüber wird Herr Buffet nicht erstaunen, wenn wir seine Politik exclusiv und gefährlich nennen. Sie ist so exclusiv, daß Niemand in den Reihen ihrer natürlichen Bundesgenossen sie mehr versteht; und sie ist gefährlich, denn sie bringt die Regierung dahin, künftig nur noch bonapartistische Candidaten zu unterstützen.“ Die „Debats“ halten daran, daß der Vorfall die gute Folge haben wird, die wahren Beweggründe von Buffet's Politik dem ganzen Lande klar zu machen. Am Vorabend der Wahlen sei es gut, daß so alle Schleier weggezogen werden. — John Lemoine behandelt heute in den „Debats“ die Adressdebatte im englischen Parlament. Die Erklärungen der Minister, sagt er, haben diesen besonderen und originellen Charakter, daß die Regierung alle Anstrengungen ausspielt, die Tragweite ihrer Politik zu vermindern. Man sieht selten Minister sich die große Mühe geben, sich unbedeutend zu machen. Man hat gesagt, daß Lord Derby eine gewisse Neigung hat, alle Fragen zu verkleinern. Im vorliegenden Falle hat er sein Möglichstes, aber er kann nicht hindern, daß England von dem Getriebe der orientalischen Frage einmal gefasst ist. Er hat einen Finger in die Maschine gesteckt, der ganze Arm wird nachfolgen. So sehr die englische Regierung sich auch dagegen sträubt, so hat sich schon weiter eingelassen, als sie es sagt und als sie es selber möchte. — In einer Wahlversammlung zu Neuilly, einer der Pariser Vorstädte, ist gestern dem citoyen Magnier, dem Director des „Coenement“, viel mitgespielt worden. Das „Coenement“ ist bekanntlich ein Unterhaltungsblatt in der Art des „Figaro“, das sich aber dem Intrigantenbum in die Arme geworfen hat. Die politische Gejüngung Magnier's ist aber den Pariser Republikanern höchst verdächtig, und seitdem er in Neuilly als Candidat aufgetreten, läuft er in allen Versammlungen Spießruten. Gestern spielte ihm ein Redner den Streich, seine früheren Artikel im „Figaro“ aus der ersten Zeit des deutsch-französischen Krieges vorzulesen. Es wird darin dem Marshall Leboeuf, dem Kaiser und der Kaiserin stark geschnitten. Man stelle sich vor, mit welchen Missfallenszeichen diese Lecture aufgenommen wurde und welcher Sturm über den unglücklichen Magnier herfuhr, als sich nun gar herausstellte, daß er vor zwei Jahren über Ledru-Rollin eine respektvolle Anerkennung gehabt. „Dieser Ledru-Rollin, der aus dem Beinhause unserer Bürgerkriege aufgestiegen ist, ohne sagen zu wollen, was er will und denkt!“ Die Einrichtung des Auditoriums war so groß, daß die Sitzung unterbrochen werden mußte. Magnier suchte sich nachher damit zu rechtfertigen, daß er sagte, seine Artikel im „Figaro“ bewiesen, daß ganz Frankreich den Krieg gewollt habe. Von allen Seiten rief man: Das ist nicht wahr! das ist erlogen! Es blieb Magnier nichts übrig, als sich zurückzuziehen. Die Mitbewerber Magnier's in diesem Bezirk sind der Dr. Villeneuve und der Lothringer Bamberger, der bekanntlich bereits der Nationalversammlung angehört hat. Diesem Letzteren hielt man gestern entgegen, daß er unter dem Kaiserreich nicht genug für die Republik gehabt habe. Es wurde eine Adresse von Mezern verlesen, welche Bamberger anempfehlen. Indes scheint der Dr. Villeneuve größere Aussicht zu haben.

Großbritannien.

A. A. C. London, 11. Februar. [Die päpstliche Autorität in England.] Der Londoner Correspondent des „Manchester Guardian“ schreibt: Einige Führer der evangelischen Partei in der Kirche von England bereiten zwei wichtige Fragen für den gegenwärtigen protestantischen Premier vor. Es ist im Plane, Mr. Disraeli zu fragen, ob der Herzog von Norfolk in dem Bestreben, Fonds zu Gunsten des „verfolgten“ römisch-katholischen Clerus in Deutschland zu sammeln, nicht gegen das Gesetz verstößt. Die Sache hat dem Vernehmen nach ihren internationalen Aspekt, von dem sie, wie man glaubt, sich nicht gänzlich vertheidigen läßt. Die andere Frage bezieht sich auf das Doctor-Diplom, das kürzlich von Cardinal Manning mit der Ermächtigung des Papstes dem Professor St. John Mivart von der römisch-katholischen Universität in Kensington verliehen wurde. Ein von dem Papste gewährter Grad wird in diesem Lande für illegal gehalten, insfern als die Autorität, solche Auszeichnungen zu ertheilen, welche seine Vorgänger vor der Reformation ausübten, durch ein Gesetz in der Regierungszeit Heinrichs VIII. an den Primas von ganz England, zusammen mit der Besugniß, specielle Licenzen und Dispensationen zu gewähren, übertragen wurde.

[Graf Arnim und die Londoner „Hour“.] Die „Hour“ schreibt:

„Am 1. Januar hatten wir Gelegenheit, in den stärksten Ausdrücken, die möglich sind, gegen einen verleumderischen Angriff auf die Unabhängigkeit der „Hour“ in der unter der Inspiration des Grafen Arnim, wenn nicht von ihm selber geschriebenen Broschüre zu protestieren. Der Ex-Botschafter behauptete nämlich, daß die „Hour“ von der Deutschen Botschaft in diesem Lande für die Veröffentlichung von in Berlin inspirierten Artikeln gebraucht werde, damit dieselben von der deutschen Presse als Ausdrücke der englischen öffentlichen Meinung eilt werden könnten. Kein großer Angriff hätte gegen eine Zeitung gemacht werden können. Niemals gab es einen, der unbegründet war. Graf Arnim hat es der Mühe wert gehalten, seine Broschüre ins Englische übertragen zu lassen und deren Publication durch eine der größten Verlegerfirmen in diesem Lande zu erlangen. Die Broschüre ist folglich herausgegeben worden und der anstößige Paragraph, dessen Wahrheit

zu beweisen wir Graf Arnim aufforderten, ist darin erschienen. Wir haben den einzigen Schritt gethan, der möglich war, um uns Redress zu verschaffen. Wir sind um einen Einheitsbeschluß zur Suspension der Publication eingetragen, und dieser Schritt ist soweit erfolgreich gewesen. Wir sind verpflichtet, zu sagen, daß die Herren Chapman u. Hall, die Verleger, sich in der anständigsten Weise benommen. Sie erboten sich sofort, die Publication zu unterdrücken, und wir zweifeln nicht im mindesten, daß das Versprechen mit der strengsten Biederkeit ausgeführt werden wird.“

[Gegen Herrn von Kardorff.] Die Klagen, welche Herr v. Kardorff im Deutschen Reichstage über die angebliche Ungerechtigkeit der englischen Spiritusölle laut werden ließ, haben in der „Pall Mall Gazette“ bereits eine Entgegnung gefunden.

„Herr von Kardorff“ — sagt das Blatt — „wird wahrscheinlich finden, daß die englische Regierung ein zu echter Anhänger der Handelsfreiheit ist, um sich durch seine Drobungen sehr alarmiren zu lassen. Wenn die Deutschen sich weigern, englische Waren zu kaufen — und die Aussage von Zöllen für andere als Nebenländer-Zwecke ist in Wirklichkeit eine Beigerung englische Waren zu kaufen — so werden sie nur finden, daß der Markt für die deutschen Waren, die sie uns bislang dagegen sandten, verhältnismäßig beschränkt ist, oder daß der Austausch durch Vermittelung anderer Länder zu beträchtlich erhöhten Untosten betrieben wird. Wenn es irgend einige Incidencen der englischen Spiritusölle giebt, welche ihnen über einen schützenden als einen wirklich fiscalischen Werth beilegen, so würde es allerdings gut sein, dieselben zu beseitigen. England ist in vollständig der Missions-Apostel des Freihandels, daß es irgend welche Widersprüche zwischen seiner Lehre und seiner Praxis nicht dulden darf. Aber wir können zu Gunsten deutscher Destillateure nicht auf eine der wichtigsten Quellen unserer Einkünfte verzichten. Die Ausgaben des Landes müssen bestritten werden, selbst wenn der Kartoffelspiritus die Concurrenz mit dem Kornspiritus nicht aushalten könnte.“

[In der gestrigen Sitzung des Oberhauses] kündigte der Herzog von Richmond im Namen des abwesenden Ministers für die Colonien an, daß letzterer am nächsten Montag die Aufmerksamkeit des Hauses auf die mit der französischen Regierung gepflogenen Unterhandlungen, betreffs des Austausches gewisser Gebiete beilege, auf der Westküste von Afrika anfallen werde. Hierauf überbrachte Carl Beauchamp, der königliche Oberhofmeister, die Erwiderung der Königin auf die Adresse in Beantwortung der Thronrede. Dieselbe lautet: „Ich danke Ihnen aufrichtig für Ihre loyale und unterhändige Adresse. Es wird stets mein ernstes Bestreben sein, mich Ihren Ministrung zur Förderung der Glückseligkeit und Zufriedenheit meines Volkes zu bedienen.“

[In der gestrigen Sitzung des Unterhauses] begannen die Verhandlungen mit einer Interpellation betreffs der Abreitung Gambia's.

Mr. Knatchbull-Hugessen erkläre, ob die Regierung irgend welche Unterhandlungen bezüglich der Abreitung oder des Austausches des Territoriums Gambia eingeleitet habe. Mr. Lowther, der Unterstaatssekretär für die Colonien, erwiderte: Die Regierung sei im Unterhandlungen bezüglich der Abreitung Gambia's getreten, aber dieselben seien noch nicht zum Abschluß gelangt, da vorerst das Gutachten des Parlaments darüber eingeholt werden sollte. Zunächst befragte Sir John Lubbock den Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, welche Schritte die Regierung in Folge des Ergebnisses der parlamentarischen Untersuchung über auswärtige Anleihen mit Bezug auf die fortgesetzte Vertreibung der Republik Honduras durch Don Carlos Gutierrez in England gethan habe. Mr. Bourke erwiderte, daß irgend welche beschuldigten offiziellen Schritte dadurch überflüssig geworden seien, daß Don Carlos Gutierrez seinen Gesandtschaften niedergelegt habe. (Beifall.) In Erwiderung auf eine von Mr. Whitwell gestellte Interpellation betreffs der Handelsbeziehungen zwischen Großbritannien und Portugal erklärte Mr. Bourke, daß England mit Bezug auf den Import britischer Erzeugnisse in Portugal auf dem Fuß der meistbegünstigten Nationen gestellt sei. Der Marquis von Hartington kündigte an, er werde in nächster Sitzung den Premierminister interpellieren, ob er geneigt sei, eine Copie der dem Generalschiffmeister Mr. Cave mit Bezug auf seine Mission nach Ägypten ertheilten Instructionen, sowie der zwischen der britischen Regierung und dem Khedive bezüglich dieser Mission gepflogenen Correspondenz auf dem Tisch des Hauses zu legen. — Mr. Charley beantragte so dann die zweite Lesung seiner Bill, betreffend Vergehen gegen die Personen. Die Vorlage hat den besondern Zweck, die gezielten Bestimmungen des Kindermordes zu amändern, und wurde, vom Attorney-General unterstützt, zum zweiten Male gelesen. Im weiteren Verlaufe der Sitzung legte der Schatzkanzler die ministerielle Vorlage zur Ämendirung des Gesetzes mit Bezug auf Seeerheiterungen und andere Seeverträge vor. Seinem Exposé schied der Minister die Bemerkung voraus, daß sich die Regierung dem Gegenstande mit dem schlimmsten Wunsch gehabt habe, mit beiden Parteien, die an denselben interessiert seien, gerecht und billig zu verfahren. Nicht allein müßte das werthvolle Leben von Seelen lebensgefährdet, sondern auch darauf geachtet werden, daß das Interesse der Schiffsschreiber, von welchem das Wohlbefinden des Landes in so hohem Grade abhänge, nicht zu Lasten keincnträchtigt und gefährdet würde. Die Bill verbietet unter Anderem die Einschiffung von Clauzel in Ladungsscheinen, welche erklären, daß der Schiffsschreiber für den Verlust der Güter nicht haftbar sei, und enthält insbesondere strenge Verfügungen gegen die Überversicherung. Mr. Norwood und Sir A. Lush sprachen gegen die Maßregel, indem sie die Befürchtung ausdrückten, daß ihre Strenge die Schiffsschreiber veranlassen dürfte, ihre Versicherungen im Auslande zu bewirken. Warme Fürsprecher fand sie indeß in Mr. Watkin Williams und Mr. C. J. Reed, dem ehemaligen Ober-Ingenieur der britischen Marine, welcher sogar der Meinung war, daß die Vorlage noch nicht weit genug gehe. Nachdem noch Mr. Goeschens erklärte, daß die Assessoreure der Bill keine Opposition machen würden, wenn nachgewiesen werden könnte, daß sie wirksam sei, wurde sie in erster Lesung angenommen. — Demnächst erbat sich der Präsident des Handelsamtes, Sir Charles Adderley, die Erlaubnis des Hauses zur Einbringung der Bill beabsichtigt Ämendirung der Kaufahrtei-Akte, woran er eine ausführliche Erklärung der verschiedenen Punkte dieser wichtigen Maßregel knüpft. Die Bill erweitert zuvor der Vorläufer des gegenwärtigen Schiffahrtsgesetzes, in Gemäßheit dessen die Aussendung eines neuartigen Schiffes als ein Vergehen betrachtet wird, und verordnet von Neuem die Bestimmungen der am Schluß der vorigen Session angenommenen temporären Vorlage, die, wie der Minister nachwies, in den wenigen Monaten, seither sie in Kraft getreten, die Zahl der Todesfälle durch Schiffbrüche und Seunfälle erheblich vermindert habe. Die neue Bill räumt auch Seeleuten die Beugniß ein, wegen Unfällen, die durch seeuntüchtige Schiffe entstanden sind, gegen die Rheder den Rechtsweg betreten zu können, verfügt die Bildung eines Appellhofes, in welchem Schiffschreiber gegen die Entscheidungen der Regierungs-Inspectoren Berufung einlegen können, entmächtigt Decladungen, indem sie die Güter, die auf Verdecken befördert werden, einer Sonnengeißel unterwerfen, und trifft endlich Vorkehrungen für eine gründlichere und mehr sachgemäße Untersuchung der Ursachen von Schiffbrüchen und Schiffsunfällen. In der Discussion, welche sich an das Exposé des Ministers knüpft, drückten die meisten Redner ihre Befriedigung über viele Punkte der Vorlage aus. Selbst Mr. Blomfield, der „Matrosenfreund“, bereitete der Maßregel keine ernstliche Opposition, obwohl er sie den Bedürfnissen des Falles nicht ganz angepaßt bezeichnete. Auch tadete er die Beibehaltung der Bestimmung des vorjährigen Gesetzes bezüglich der Ladungslinie bei Schiffen. Die Bill wurde sodann in erster Linie angenommen. Schließlich wurden noch mehrere andere Gesetzesentwürfe, darunter die Regierungsvorlage zur Herstellung einer besseren Gemeinwesen-Verwaltung eingetragen und zum ersten Male gelesen.

[Der Herzog von Cambridge] hat ein Rescript an die befehlshabenden Offiziere der britischen Armee erlassen, in welchem er seinen Ansichten über Disciplin und Insubordination Ausdruck gibt: „In dem Versabren mit Insubordinationsfällen“ — heißt es u. A. — „ist es wesentlich, die Umstände in reifliche Erwägung zu ziehen, unter welchen sie verübt wurden, und einen Unterschied zwischen solchen, welche aus Kränkung verübt, und solchen die vorläufig begangen wurden, zu machen. Esterre sind häufig das Resultat eines hütigen Temperaments, leßtere entstehen aus Halsstarrigkeit und bösem Willen. Se. Königl. Hoheit ist der Meinung, daß in vielen Fällen der Mangel an Takt und gebührer Manieren auf Seiten der Unteroffiziere Anlaß zu diesen Gewaltthäufigkeiten Seiten junger Soldaten geben, denen dann ihr Benehmen häufig leid thut, wenn sie Zeit haben, darüber nachzudenken. In Fällen, wo ein Befehlschaber der Meinung ist, daß ein Act der Insubordination dieser Ursache beizumessen ist, hält Se. Königl. Hoheit dagej., daß eine ernsthafte Ermahnung (gepaßt vielleicht mit einer kleinen Strafe) und eine gehörige Abhöre an den betreffenden Unteroffizier dem Falde begegnen dürfen. Befehlschaber sollten in ihrem täglichen Verkehr mit ihren Unteroffizieren denjenigen die Notwendigkeit für besondere Disziplin in ihrem Umgange mit jungen Soldaten einprägen und sie gegen jede Strenge des Tones oder der Manieren bei der Erteilung von Befehlen oder Instruktionen warnen.“

[Bei dem gestrigen Lordmayors-Bankett in Dublin] hielt der Statthalter von Irland, Herzog von Abercorn, eine Rede, im Verlaufe welcher er constatirte, daß die Wohlfahrt Irlands während des Jahres 1875 entschieden Fortschritte gemacht habe. Was die Insel noch braucht, sei eine größere Capitalanlage für industrielle Zwecke, mehr Fabriken und eine größere Begehr für gute Arbeitskräfte. Dies könnte indes nur erlangt werden, wenn Leben und Eigentum besser geschützt seien. Bei vollständiger Ruhe im Lande würde sich Irland als ein grenzenloses Feld für eine nutzbringende Capitalanlage erweisen.

Provinzial - Zeitung.

** Breslau, 14. Febr. [Fasten-Hirtenbrief.] Die Sonntags-Nummer der „Schles. Volkszeitung“ bringt an der Spitze des Blattes den „Fasten-Hirtenbrief“ des früheren Fürstbischofs von Breslau, Herrn Dr. Förster, „welcher (Hirtenbrief) im österreichischen Anteile des Bisphums versendet worden und demnächst zur Verlesung gelangen wird“. — Da in Preußen wohl schwerlich die übliche Verlesung von den Kanzeln erfolgen wird, soll wahrscheinlich die Publication in der „Schles. Volksztg.“ an deren Stelle treten. — Im localen Theile bringt dasselbe ultramontane Organ eine Beilage des Hirtenbriefes zur öffentlichen Kenntnis, in welcher die kirchlichen Vorschriften betreffend den intrusus“ (Eindringling) publiziert werden. Ein Eindringling (intrusus) wird derjenige römisch-katholische Geistliche genannt, der nicht vom Bischof mit dem Amte betraut worden ist, oder mit dem kirchlichen Ausdruck, nicht die missio canonica erhalten hat.

[Schreiben aus Mohrungen an Herrn v. Forckenbeck.] Von dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung zu Mohrungen ist dem Reichstags-Präsidenten v. Forckenbeck folgende Beileids-Adrede zugegangen:

„Hochwürdiger Herr! Eingedenk der Zeit, in welcher Ew. Hochwürdigeren unserer Stadt angehören und als Stadtoberordnete sich dem Interesse Mohrungen widmeten, haben wir alle auf Ihre Person und Familie bezüglichen Nachrichten mit rege Theilnahme verfolgt, und so dat uns auch die Kunde von dem unerwarteten plötzlichen Tode Ihrer bei uns ebenfalls im Andenken verbliebenen hochwürdigen Gemahlin mit tiefem Schmerz erfüllt. Möge die Botschaft Ihres Trost und Kraft verleihen, den herben Verlust zu überwinden und die hohe Mission fortzuführen, welche die deutsche Nation vertraulich in Ihre bewährten Hände gelegt bat.“

Δ Döhrenfurt, 12. Februar. [Die kaiserliche Postanstalt] hier nimmt bei Posteinlieferungen nur preußische Banknoten, während die Reichsbank, außer preußischen, auch die Noten sechzehner anderen Banken annimmt. Hierüber hat ein Kaufmann von hier bei der kaiserlichen Ober-Postdirektion in Breslau Beschwerde geführt und ist demselben folgender Bescheid zu gegangen:

„Breslau, 5. Februar 1876. Auf das Schreiben vom 25. v. Ms. erwiedere ich Euer Wohlgeboren ergebnis, daß allerdings Seitens der Bankassen die Annahme der umlaufsfähigen Noten der Privatbanken erfolgt, doch jedoch für die Staatskassen eine Verpflichtung nicht besteht, diese Noten in Zahlung zu nehmen. Die Beigerung des dortigen kaiserlichen Postamts, Banknoten der bezeichneten Art anzunehmen, ist somit durchaus berechtigt. Der kaiserliche Ober-Postdirektor.“

Ist die Reichsbankasse nicht auch eine Staatskasse? Hier müßte Abhilfe geschaffen, denn es ist in einer kleinen Stadt oft unmöglich, umlaufsfähige Banknoten gegen preußische umgetauscht zu erhalten. Dann hat die Postanstalt ja auch Auszahlungen, wenn nun die Staatskassen, d. h. die Kassen der Ober-Postdirektion die Annahme der umlaufsfähigen Banknoten verweigern, so kann die Postanstalt die eingehenden Noten dieser Kategorie zu den Auszahlungen benutzen. — Bei dem starken Schneefall ist der Weg zum Bahnhof für Fußgänger äußerst beschwerlich, weil von der Tageslichen Bestellung aus der bestehende Fußweg vom Schnee nicht befreit wird, die Passanten dagegen genötigt sind in der Fabrikstraße im Schnee zu gehen und, einem Fußwege auszuweichen, in die unangenehme Lage kommen, in den laubbigen Schnee neben dem Fahrgeselle zu treten. Eine Drohle ist nicht immer, zu den Abendstunden aber gar nicht am Platze. Es wäre daher sehr erwünscht, daß der Fußweg vom Schnee befreit wird, damit bei eintretendem Thauwetter derselbe auch dann benutzt werden kann.

Δ Warmbrunn, 11. Februar. [Die Schlittenbahnen] ist jetzt wieder vollständig wie tausend zuvor in Gang und mehrere auswärtige Gesellschaften, denen der frühere Schneemangel noch zu schaen vergangen, bilden jetzt mit Gemächlichkeit die noch rückständigen Schlitten-Corso in unserm Tale nach. Diese Massen-Partien zu Schlitten gehören übrigens in unserm Gebirge zu den langjährigen Gewohnheiten, so daß sich nicht blos städtische Gesellschaften, sondern oft auch ganze Dorfschaften zu solchen gemeinsamen Schlittenfahrten vereinigen. In dem diesjährigen Winter, wo wir hier im Gebirge lange Zeit eine vorzüglich schöne Schneebahn aufzuweisen hatten, erstreckten sich daher diese Schlittenpartien von Dorf zu Dorf, auch wohl auf entlegene Ortschaften und wurden häufig bei der schnellen Zurücklegung der befestigten Reiseziele unterwegs noch verlängert, um das Vergnügen einer Schlittenfahrt vollständig auszukosten.

X. Neumarkt, 12. Februar. Der bisherige commissarische Kreis-Steuereinnehmer Groll ist nunmehr als Kreis-Steuereinnehmer hierelbst definitiv eingesetzt worden. — Der 24. Jahresbericht über die Resultate der Verwaltung der Neumarkter Kreisparfasse im Jahre 1875 ist ertheilt. Es beträgt das Interessenten-Capital am Ende des Jahres 1875 950,016,51 Mark und hat im Laufe des Jahres vermehrt um 190,370,01 Mark. Jedes Quittungsbuch enthält durchschnittlich an Spar-Einzahlung 320,73 Mark.

tz. Bries, 13. Febr. [Tageschronik.] Ein Dienstjunge zu Weißdorf bei Schörgau hatte ein Terzerol mit einem starken Stössel geladen. Er spießte damit, bis sich plötzlich die Waffe entlud und ihm die Ladung so ungünstig in den Kopf drang, daß ein Auge getroffen wurde. Der Stössel wurde herausgezogen und der Verunglückte in das Falzener Kreiskrankenhaus gebracht. — In der Falzener Fabrik hierelbst kam der Arbeiter Feixkera aus Tschöplowitz in eine der Kreissägen, welche ihm den rechten Unterarm schwer verletzte. — Im Gewerbeverein hielte Diatonus Komaia einen interessanter Vortrag über Weizen, Getreide und Getreide des Socialismus vor sehr zahlreicher Versammlung. — In der ersten diesjährigen Sitzung des hiesigen landwirtschaftlichen Vereins wurde vom Vorstehenden der Bericht über die Vereinstätigkeit pro 1875 erstattet. Die Zahl der Mitglieder beträgt 156, darunter sind 25 correspontirende. 1874 gehörten dem Vereine an 113, 1873 nur 88 Mitglieder; derselbe zeigt also ein erfreuliches stetiges Wachsen. Die im Jahre 1875 abgehaltenen 8 Sitzungen waren durchschnittlich von 45 Mitgliedern besucht. Die Rechnungslegung zeigte einen günstigen Stand der Finanzen. Bei der Staatsberatung wurde auch für 1876 eine Dienstbotenprämierung in Aussicht genommen. Gegenstände der Befredigung waren ferne das Scheeren der Mastodoches, das Schwarzscheeren der Schafe und die Anwendung der Salicylsäure in der Melkerie. Ein besonders glanzvoller Festabend war das diesjährige Ballfest des Turnvereins. Die musikalischen und turnerischen Aufführungen in tonmäßigen Cosut

legenheit dazu, die Post — geschlossen findet. Die dadurch aus dem Zeitverlust entstehenden Unannehmlichkeiten lassen sich in gewissen Fällen gar nicht absehen und es ist zu bedauern, daß hier keine Handelscorporation existiert, welche in ihrem eigenen und im Interesse des größeren Publikums vorliegende Angelegenheiten am geeigneten Orte zur Sprache bringt. Wenn der hiesige Kaufmännische Verein sich der Sache einmal annehmen möchte, so wäre es wünschenswert, gleichzeitig zu beantragen, daß bei der Hauptausgabe hier Mittags 12 Uhr die Ausgabe der Zeitungen von denjenigen der Briefe und dem Markenverkauf u. getrennt wird. Bei dem Warten, bis die Briefe in die Fächer verteilt sind, ist das Gedränge, der Lärm und der Zeitverlust mitunter so groß, und zudem die ganz ausnahmsweise kuriose Lage der hiesigen Post eine so unbeständige, daß nach allen anderen Rücksichten hin jede nur irgend mögliche Erleichterung für das Publikum befürwortet und verlangt werden kann.

8 Rosenberg, 12. Februar. [Bur Tagesschronik.] In der letzten Generalversammlung der Mitglieder des hiesigen Männer-Gefang-Vereins wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten, nachdem der bisherige Vereins-Präsident, Kämmerer Beyer, wegen allzu großer Verkränkung in seinem Amt und der Vicepräsident Kaufmann Herzfeld andauernden Kränklichkeit wegen die fernere Uebernahme dieser Ehrenämter abgelehnt hatten. Die Wahl zum Präsidenten fiel auf den Buchdruckereifachisten Jäschke und die zum Vicepräsidenten auf den Rector Paul an der diesigen simultanen Stadtschule. Das Amt des Liebermeisters übernahm nach einstimmig erfolgter Wiederwahl der Lehrer und Chorrector Heißig und das des Kassenwarts Kaufmann Andrichof wieder. Der Wahlausitus blieb bis auf die beiden neu gewählten Mitglieder Orgelbaumeister Schopf und Schornsteinfegermeister Kulla derselbe. Obwohl der Verein, der über 15 Jahre besteht, in den letzten Jahren durch häufige Versetzung von Beamten eine erhebliche Einbuße an tüchtigen aktiven Mitgliedern erlitten hat, so wurde doch von der Versammlung zum Beschluss erhoben, daß Seitens des Vereins zur Wiederbelebung des allgemeinen Interesses jährlich wenigstens zwei größere Gesang- und Musik-Aufführungen, wie auch mehrere theatralische Vorstellungen ins Werk gezeigt werden sollen. Möchte es dem Verein gelingen, seine frühere Blüthe wieder zu erlangen. — Der hiesige aus drei Compagnien zu durchschnittlich 100 Mann bestehende Kriegerverein zeigt ein recht erfreuliches Gedränge. — Sein statutär gemachter Zweck: „Förderung des cameradschaftlichen Verkehrs und eitl patriotischer Gemüthsart“, wie auch der Umfang, daß die Hinterbliebenen eines verstorbenen Mitglieds 60 M. und letzterer ein Begräbnis mit militärischen Ehren erhält, siedert dem Vereine steten Zuwachs und dauernden Bestand. Bei dem vor kurzem stattgefundenen Ballfeste herrschte ein recht guter Geist und recht cameradschaftlicher Verkehr. — Im vergangenen Jahr gingen zwei Lehrer an der hiesigen Stadtschule ab und zwar der eine nach Königshütte und der andere an eine Communal-Schule in Breslau als Lehrer. Dieses Jahr steht wieder ein Lehrerwechsel in Aussicht, da Lehrer Fülbier bereits eine Anstellung als zweiter Lehrer zu Alten-Essen in der Rheinprovinz angenommen und ein anderer Lehrer gleichfalls Aussicht hat, in genannter Provinz eine Lehrerstelle zu erhalten. — Mehrere uiraquatische Lehrer, die aus hiesiger Stadt oder der Umgegend stammen, sind in diesem Jahr nach der Rheinprovinz übergesiedelt. — Obgleich das von der königlichen Beiratserziehung zu Oppeln für die diesjährigen Hauptlehrer-Conferenzen gestellte Thema besonders für diejenigen Lehrer hiesiger Gegend nicht unerhebliche Schwierigkeiten darbietet, die ihre Ausbildung in jener dünnen Zeit erhalten haben, wo das Lesen deutscher Klassiker als demoralisirend verpönt war und, wie Zama berichtet, überlebende Lehrer in Folge ihrer Beschäftigung mit dem Studium vaterländischer Klassiker ihres Amtes verlustig gegangen seien, so haben doch in hiesiger Kreis-Schul-Inspektion schon mehrere ältere Lehrer auf dem Lande durch Anschaffung der betreffenden klassischen Schriften und Besorgung von Commentaren dazu die nötigen Vorbereitungen zur Auseinandersetzung des Themas getroffen.

□ Lippe, 12. Februar. [Ein Industrievitter. — Concert.] Einem ziemlich gut gekleideten jungen Manne, der sich für den Gehilfen eines Bremher Schuhmachermeisters ausgab, gelang es, die Bedienungsfrauen zweier unverheiratheter Beamten der Schle. Actien-Gesellschaft für Bergbau und Zinshüttenbetrieb mit der Angabe, daß er von seinem Meister mit der Abholung zu reparirender Wasserleitung beauftragt sei und die quellen Besitzer bereit im Bureau gesprochen habe, zu duplizieren und jeder ein Paar Wasserflaschen ihres Herrn zu entführen. Da der Schwindler auch anderwärts das Wagnis verjüden würde, wird zur Vorsicht gemahnt. — Das gestern von Herrn Musikkirector W. J. Wanx mit der Bremher Stadtkapelle im neu renovirten Saale des Siebert'schen Hotels ausgeführte Concert befreitete das zwar nicht allzu zahlreiche, aber sehr gewählte Publikum.

*) Wir bitten, jede Mittheilung zu unterzeichnen. D. Red.

** Nuda, 12. Februar. [Aufhebung einer Diebesbande] Noch nicht lange ist es her, daß der berüchtigte „Elias“ mit seinen Genossen in Baborz festgenommen und dem Königlichen Crix-Gericht zu Bremher OS. zugeführt worden sind und schon wieder ist gestern durch die hiesige Polizei eine Bande Diebe, 7 Personen stark, welche den Hüttmeister Egließ zu Theresienhütte bestohlen, seine Zimmer total ausgeraubt, auch ihm an baarem Gelde 225 M. entwendet haben, auf Carl's-Colonie aufgehoben worden. Die Diebe sind zumeist aus Colonia „B.“ Es dürfte dies jedenfalls der Rest der Elias'schen Bande sein, der in Baborz nicht mehr sicher, sich in Carl's-Colonie niederzulassen die Absicht hatte.

[Notizen a. d. Provinz.] * Muskau. Der hies. „Anz.“ schreibt: In Folge Explosion einer Petroleumlampe ereignete sich am 6. d. Mts. Abends, hier ein Unglücksfall, der wiederum zur größten Vorsicht bei dem Umgehen mit dergleichen Lampen mahnt. Die in der Schmelzstraße wohnhafte Witwe Wehlem, gen. Goldammer, war nämlich im Begriff, in ihre brennende Lampe Petroleum zu füllen, zu welchem Beuf sie den oberen Theil derselben von dem Ballon abgeschraubt hatte. Während dieser Manipulation fing das Petroleum Feuer, die Lampe explodierte und das brennende Öl ergoß sich über die genannte Frau, ihre Kleider in Brand setzend. Durch den Feuerchein aufmerksam gemacht, eilten die Nachbarn herbei, denen es nach vieler Mühe gelang, das Feuer zu ersticken. Leider hat die Verunglücks so schwere Bränden erlebt, daß sie noch jetzt lebensgefährlich darunterliegt.

+ Grottkau. In der Sitzung der Stadtvororten am Mittwoch fand, da die 12jährige Amtsperiode des Bürgermeisters Herrn Altschafel abgelaufen, die Neuwahl des Bürgermeisters statt. Sämtliche 18 Herren Stadtvororten waren anwesend und erhielt von den 18 abgegebenen Stimmen Herr Altschafel 15 Stimmen.

△ Katzscher. Der am 17. Februar einzumührenden neuen evangelischen Kirche hat Se. Königliche Hoheit Prinz Albrecht von Preußen einen Altar-Teppich auf die Bitte eines Curatorium-Mitgliedes geschenkt.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Bern, 12. Februar. Der Bundesrat hat heute, mit Rücksicht darauf, daß nunmehr über 30,000 gültige Unterschriften (genau 33,729) für das Verlangen einer Volksabstimmung über das Banknotengesetz vorliegen, auf Sonntag, den 23. April c., die verlangte Volksabstimmung anberaumt.

Paris, 13. Februar. Der Herzog von Decazes hat in einer privaten Wählersversammlung die europäische Lage erörtert und dieselbe als eine solche dargestellt, die sichere Bürgschaften für die Erhaltung des Friedens in sich trage.

Paris, 13. Februar. Der gestern bei dem deutschen Botschafter stattgehabte Ball war außerordentlich glänzend. Unter den sehr zahlreichen Anwesenden befanden sich der Marshall-Präsident Mac Mahon nebst Gemahlin, die Königin von Spanien und die hervorragendsten diplomatischen und politischen Notabilitäten.

Rom, 13. Februar. Eine aus Römischen Bürgern bestehende Deputation hat gestern dem Syndicus von Rom eine Petition um Errettung des bekannten Geschichtsschreibers Gregorius zum Römischen Bürger überreicht.

London, 13. Februar. Die auf die Mission des Generalzahmeisters Cope nach Egypten bezüglich en Schriftstücke sind nunmehr publiziert worden. Dieselben umfassen 16 Documente aus der Zeit vom 30. October bis 10. December v. J. Nach denselben sprach zunächst der Rèditeur den Wunsch aus, daß ihm die Dienste eines erfahrenen Regierungbeamten zur Verfügung gestellt werden möchten, um die im egyptischen Finanzdepartement herrschenden Mißstände zu beseitigen. Sodann bat der Rèditeur um Aufstellung zweier geeigneter Finanzbeamten zur Beaufsichtigung der Einnahmen und Ausgaben unter der Oberleitung des Finanzministers. Unter dem 6ten December ertheilte Lord Derby dem Generalzahmeister Cope eine Instruction, nach welcher dieser mit dem Rèditeur und dessen Regierung die admini-

strative und finanzielle Lage Egyptens erörtern sollte, um so die englische Regierung besser in den Stand zu setzen, Egypten den gewöhnlichen Beifall zu leisten. Lord Derby bemerkte hierbei, daß es nicht ausbleiben könne, daß Cope bei dieser Gelegenheit viele Ausklärungen über die egyptischen Finanzen erhalten würde, Ausklärungen, welche von dem größten Werthe sowohl für den hiesigen Kaufmännischen Verein sich der Sache einmal annehmen möchte, so wäre es wünschenswert, gleichzeitig zu beantragen, daß bei der Fahrt Egyptens in hohem Maße interessiert sei. England müsse dahin wirken, daß die finanziellen Angelegenheiten Egyptens in correcter Weise geordnet würden, England habe sich aber jeder Handlung, sowie jedes Raths zu enthalten, aus dem sich eine Intervention in die inneren Angelegenheiten Egyptens ergeben könnte. Oberst Stokes erhielt unter dem 6. December v. J. von Lord Derby den Auftrag, Cope zu begleiten, ihn zu unterstützen, sich mit dem englischen Gesandten Stanton wegen des längst erfolgten Anlaufes der Suezcanal-Aktion in das Einvernehmen zu setzen und über die Stellung, welche die englische Regierung als Besitzerin dieser Aktion einzunehmen haben würde, zu berichten.

Stockholm, 12. Februar. Der Reichstag nahm heute sämtliche von den früheren Reichstagen noch unerledigt gebliebenen Vorlagen betreffend die Grundgesetze an. Unter diesen rief nur die Gesetzvorlage über die Ernennung eines Conseil-présidenten eine lebhafte Discussion hervor. Die Vorlage wurde schließlich von der ersten Kammer mit 57 gegen 46 Stimmen und von der zweiten Kammer mit 112 gegen 60 Stimmen angenommen. Die übrigen Vorlagen betraten einige unwesentliche Änderungen des Preßgesetzes.

Haag, 12. Februar. Vanhalen ist zum Generalsekretär im Ministerium der Colonien ernannt worden. — Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Aichin vom 6. d. haben die holländischen Truppen Lamkoenit Toekam, Atoa und Lamrang genommen.

Konstantinopel, 12. Februar. Der Sultan ist an einem Geschwür erkrankt und war bereits am Freitag verhindert, die Moschee zu besuchen. Nach der heute stattgehabten ärztlichen Dessaung dieses Geschwurs ist eine Besserung in dem Befinden des Sultans eingetreten. — Nachrichten aus Angora zufolge sind daselbst in unter den armenischen Katholiken Zwistigkeiten ausgebrochen. Bei einem Zusammenstoß wurden auf beiden Seiten mehrere Personen getötet und verwundet.

Konstantinopel, 13. Februar. In Folge der in Angora stattgehabten Streitigkeiten hat der Gouverneur die Verbannung mehrerer namhafter Führer der armenischen Hassunisten-Partei verfügt.

Bukarest, 13. Februar. Der Senat und die Deputirtenkammer haben sich über die Zusammensetzung des Catargi gebildeten neuen Cabinets billigend ausgesprochen. Der Senat hat die von der Deputirtenkammer bereits angenommene Vorlage des Kriegsministers, betreffend die Bewilligung eines außerordentlichen Credits für die Armee, gleichfalls genehmigt.

(L. Hirsch's telegraphisches Bureau.)

Wien, 13. Februar. Wie die Creditanstalt den heutigen Journalen mitteilte, wurde Herr Wilhelm, der sich in seiner früheren Stellung als Chef des Secretariats bei der Lemberger Filiale das Vertrauen der Creditanstalt erworben, mit der provisorischen Leitung der Prager Filiale betraut. Aus demselben Communiqué geht hervor, daß eine vollständige Reorganisation der Filiale eingeleitet ist.

Prag, 13. Februar. Die Gerichtsverhandlung gegen die verhafteten drei Oberbeamten der hiesigen Creditanstaltssilie wird schon in der nächsten Schwurgerichtssession stattfinden können (Ende März), da die Verhafteten ihrer Schuld geständig und die Acten geschlossen sind. Mit Rücksicht auf die österreichischen Gesetze dürfen Details aus der strafgerichtlichen Untersuchung weder in inländischen Journals veröffentlicht, noch auf telegraphischem Wege nach dem Auslande gemeldet werden, damit der Gang der Untersuchung dadurch nicht gestört werde.

Telegraphische Privat-Depeschen der Breslauer Zeitung.

Frankenstein, 14. Februar. Die Verbindung nach Liegnitz ist seit heut früh wegen des Schneesturmes unterbrochen. Der gestrige Abendzug von Liegnitz traf mit 4 Stunden Verspätung ein. Camen ist frei.

Bermischte S.

[Die Schwiegermutter in der Politik.] Die Bewegung zu Gunsten des Frauen-Stimmrechtes nimmt in den Vereinigten Staaten nachgerade so große Dimensionen an, daß der „New-York Weekly Herald“ sich veranlaßt sieht, mit den Waffen der Satire dagegen zu Felde zu ziehen, und daß will bei den bekanntesten, hart ans Lächerliche streifenden Galanterie der Amerikaner gegen das zarte Geschlecht etwas sagen. Das New-Yorker Blatt schreibt nämlich in einem die obige Überschrift tragenden Artikel: „Die Anhänger des Frauen-Stimmrechtes rüsten sich zu einer neuen Campagne. Wollen unsere Gesetze nicht die Güte haben, darüber nachzudenken, welche Revolution entstünde, wenn die Schwiegermutter eine politische Macht würde? Kein verheiratheter Mann würde mehr sagen können, daß seine Seele oder seine Seele noch ihm gehöre. Kein unverheiratheter Demokrat würde es wagen, eine Dame mit einer republikanischen Mutter zu ehelichen. Mütter wie Töchter würden gegen ihre liebsten Neigungen stimmen, und er würde nicht wagen, zur Wahlurne zu schreiten, aus Furcht, von einem beiderwidernden Hut oder einem blau-baumwollenen Regenfahrt herausgefordert zu werden. Während der Wahlperioden würden in unsern Straßen Banner umhergetragen werden mit belustigenden Inschriften, wie folgen: „Stimmt für John Smith, den Schwiegermutter-Candidaten, für den Mayor-Posten!“ oder: „Keine Einführung auf falsche Scheitel!“ Kein Mann würde mehr daran denken, sich um ein Amt zu bewerben, und ein Mann mit einer zweiten Schwiegermutter würde politisch tot sein. Cigaren würden höchstestens werden, während Schnupftabak frei ausginge, und die Vorzimmer der geistig hegenden Körperschaften würden mit Frauen gefüllt sein, deren Schwiegerländer ein Amt bekleideten, wenn nicht die Schwiegermutter sämtliche Amtier für sich selbst in Besitz nähmen, die Präsidenschaftschaften, in der sie noch häufiger Votum einlegen würden als Andrew Johnson. Denkt euch, freie Bürgen, eine Schwiegermutter als Präsidenten, ihren mit Votum vollgesprochenen Strichbrettl in der Luft schwungend, sämtliche Briefe in dem Post-Departement eröffnend, trock' Schielle intriquieren und in einem Thee, Schnupftabak- oder Regenfahrt-Ring sich bereichend — und habt noch das Herz, euch als Anhänger des Frauen-Stimmrechtes zu beklamen!“

[Eine Heirath per Telegraph.] Der „Courrier des Etats-Unis“ erzählt von einer merkwürdigen Heirath, welche kürzlich in Pennsylvania gezeitigt wurde. Die Ehegatten sind Mr. Scott Jeffreys und Miss Lida Guller, beide Beamte im Telegraphendienst; der Eine in Waynesburg, die Andere in Brownsville. Nachdem sich die beiden Brautleute mit ihren Trauzügen in dem Telegraphenbüro der lebendigen Stadt versammelt hatten, wurde die Trauungs-Ceremonie durch Se. Chr. würden Mr. Scott von dem Telegraphen-Bureau von Waynesburg aus auf telegraphischem Wege vollzogen. Seitens der Brautleute wurde zuerst telegraphirt: „Sagt Se. Chr. würden, daß wir bereit sind“, worauf die folgende Antwort eintraf: „Die Ehe ist durch Gott zum Heil der menschlichen Gesellschaft angeordnet worden. Sie ist eingesezt durch die Errichtung und Verbindung des ersten Menschenpaars und bedeutet, daß Mann und Frau durch die Bande eines reinen und geheiligten Verhältnisses für das ganze Leben vereinigt sein sollen. Jetzt haben die zu verheirathenden Personen sich die Hand zu reichen.“ Zweite Depesche aus Brownsville: „Ist getheilt.“ Zweite Depesche des Reverend Scott: „Ihr, George Scott Jeffreys und Lida Guller, die Ihr Euch in diesem Augenblick bei den Händen gefaßt habt, wollt Ihr Euch wechselseitig zu Lebensgefährtin nehmen und verpreßt Ihr feierlich vor Gott und den anwesenden Zeugen, zusammenzuleben, Euch zu lieben und treu zu bleiben als Mann und Frau, bis Gott Euch durch den Tod scheide!“ Dritte Depesche der Brautleute: „Ja, wir versprechen es.“ Dritte Depesche des Reverend Scott: „In Namen Gottes erkläre ich Euch als Mann und Frau. Was Gott vereint hat, kann der Mensch nicht scheiden. Mögen Gott, Vater, Sohn und heiliger Geist Euren Bund und Euch selber segnen, jeden von Euch besonders, jetzt und immerdar.“ Letzte Depesche der nunmehrigen Eheleute: „Besten Dank.“

Dresden. [Die Lehranstalt für Buschenscheidekunst] und kaufmännische Wissenschaft von Tschudic und Mayer (Marienstraße) hat seit der kurzen Zeit ihres Bestehens, seit 2 Jahren also, trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse einen beachtenswerthen Aufschwung genommen. Das Institut wurde in diesem Semester von 192 Schülern besucht. Sämtliche Schüler erlernten die Buschenscheidekunst für Herrenschneider und bei Lehren in Buchführung, Korrespondenz und Wechsellehre. Nach Ländern geordnet kamen hier von Sachsen 43, Preußen 62, Bayern 28, Württemberg 15, Baden 14, Böhmen 17, Österreich-Ungarn 9, Nordamerika 3, Türkei 1. Man sieht aus diesen Ziffern, daß diese Anstalt im Falten wie im Auslande volle Anerkennung und Würdigung findet.

[Peter Lohmann's „Dramatische Werke“] sind in zweiter, vermehrter Auflage (Leipzig, F. A. Brockhaus) erschienen. In vier Bänden findet man sechszen drammatische Dichtungen vereinigt, die Trauerspiele: „Majaniello“, „Esse“, „Savonarola“, „Die letzten Mauren“, „Appius Claudius“, „Strafford“, „Karl Stuart's Ende“, das vieractige Schauspiel: „Der Schmied in Kubla“, die einactigen Dramen: „Wider den Stachel“ und „Gegen den Strom“, sowie im vierten Bande sechs „Gefängsdramen“, welche des Componisten harren.

[Das erste Februar-Heft von „Unsere Zeit. Deutsche Revue der Gegenwart“] (Leipzig, F. A. Brockhaus) enthält: Conrad von Bolanden. Eine Studie von Heinrich Reiter. — Die Wanderheimsrede. Von Bruno Dürigen. — Die neueste Gedichte Spaniens. Von Wilhelm Lauer. XII. — Die Reichslände Elsaß-Lothringen 1871 bis 1875. Von Wilhelm Müller. II. — Die Nicobaren-Inseln. Eine Reiseerzählung von Hermann Vogel. — Chronik der Gegenwart: Revue der Erd- und Weltliteratur. Politische Revue.

[Deutsche Dichterhalle.] Die von Ernst Edstein redigierte, im Verlage von Joh. Dr. Hartnoch in Leipzig erscheinende „Deutsche Dichterhalle“ bringt in ihrer 2. Nummer folgenden interessanten Inhalt: Weltüberwindung von Hieronymus Lorm. — In Sanct Sophiens Dom von Gustav Bahz. — Die Wolle von Albert Möller. — Einem Brautpaar mit Schloß „Frau Aventura“ von Felix Dahn. — Einem Pessimisten von Julius Groß. — Die Dogengräber von Hermann Ling. — Leichter Sinn von Carl Stephany. — St. Columba und der Schwan von Hans Herrig. — Dichten und Tradionen von Heinrich Landesmann. — Auf den Tod eines Mädchens von Max Kalbeck — Lebenjel von Konrad Telling. — Ein österreichischer Münzen-Almanach von Hieronymus Lorm (Schluß); — Kritische Blaudereien von Karl Böttcher. — Grabbe's Hohenstaufenfragöden von Co. Hoben. — Hyuns der Jungfrau von Graz von Margaretha Halm. — Bermische Müttheilungen. — Aphorismen. — Mignon. — Offener Sprechsaal. — Briefskosten.

Die „Deutsche Dichterhalle“ bringt in ihrer 3. Nummer folgenden interessanten Inhalt: Abschied von Cortina von Carl Ferdinand Meyer. — Der Nixenteich von Albert Möller. — An der Schwelle von Margaretha Halm. — An die Pestimitten von Theodor Renaud. — Meerleuchten von Julius Sturm. — Der Edelfalk am Rhein von Hermann Griebe. — Essai von Hermann Bobote (Fortsetzung aus Nr. 24 des vorigen Jahrgangs). — Der deutsche Phisiologie-Professor von Ernst Edstein. — Kritische Wanderung von Georg Zimmerman. — Rundgang der Pestimitten von August Sturm. — Die Shakespeare-Narrare von Hieronymus Lorm. — Bermische Müttheilungen. — Aphorismen. — Offener Sprechsaal. — Briefskosten.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 12. Februar. [Rumänische Eisenbahnen a. c. gesellschaft.] In der gestern Abend abgehaltenen Commissionssitzung wurden ausschließlich Modalitäten des bekannten Finanzplanes wegen Errichtung der mit 50 p.C. Aufschlag rückzahlbaren Obligationen durchberaten. Wir haben denselben in allen Hauptpunkten bereits mitgetheilt und es hat der bisherige Plan im wesentlichen auch gestern keine Änderung erfahren. Es soll nunmehr in diesen Obligationen sowohl der bereits auf 4 p.C. festgestellte Coupon pro 1875 als der in der Generalversammlung im Monat Juni festzustellende 1875er Dividendenanteil zur Auszahlung gelangen. Es war die Red. davon, ein Consortium zur Begebung der Obligationen zu bilden, um so die Barzahlung des Coupons von 1874 zu ermöglichen. Es ist indeß hier von vorläufig Abstand genommen und so dürfte die Ausgabe der neuen Obligationen gegen die 1874er Coupons bald nach der Generalversammlung vom 28. Februar gehen. Die gestern gefassten Beschlüsse über den Wert der Obligationen, die Höhe des Appoints die Eintheilung der einzelnen Obligationen u. d. dürften vor der Generalversammlung noch einer Plenarissigung des Aufsichtsrates und des Ausschusses mitgetheilt werden.

Berlin-Görlitzer Eisenbahn. Die Einnahmen pro Monat Januar 1876 betragen (probatorisch ermittelt):
 1) aus dem Personen-Verkehr 87,822 Mark
 2) aus dem Güter- und Vieh-Verkehr 370,244 " "
 3) Extraordinaria 25,582 "
 Summa pro Januar 4

Berliner Börse vom 12. Februar 1876.

Wechsel-Course.

Amsterdam	100fl.	8 T. 3	163,35 bz
do.	de.	2 M. 3	168,60 bz
Lond. 1 Lstr.	3 M. 4	20,24,5 bz	
Paris 100 Frs.	8 T. 4	81,20 bz	
Petersburg 100SR.	3 M. 6	260,00 G	
Warschau 100SR.	8 T. 6	263,40 bz	
Wien 100 Fl.	8 T. 4½	176,20 bz	
do. do. 2 M. 4½	175,10 bz		

Fonds- und Geld-Course.

Staats-Anl. 4½% consol.	4%	186,10 bz
do. 4%ige	99,50 bz	
Staats-Schuldscheine.	3½%	93,25 bz
Präm.-Anleihe v. 1858	3½%	131,25 bzG
Berliner Stadt-Oblig.	4%	101,60 bzG
do. Berliner	1½%	101,60 bzG
Pommersche . . .	3½%	84,30 G
Posenische neue . . .	4%	95,90 B
Schlesische . . .	3½%	85,40 G
Kur. u. Neumärk.	4%	98,75 bz
Pommersche . . .	4%	97,20 bz
Posenische . . .	4%	96,90 bz
Preussische . . .	4%	97,25 bz
Westfäl. Rhein.	4%	98,75 bz
Sächsische . . .	4%	99,50 bz
Schlesische . . .	4%	97,30 bzG
Badische Präm.-Anl.	4%	123,00 B
Bairische 4% Anleihe	4%	125,40 G
Görl.-Mind. Eisenbahns	3½%	109,10 bz
Kirch. 40 Thaler-Loose	269,00 br	
Badische 35 Fl.-Loose	143,60 B	
Braunschweig. Präm.-Anleihe	3½%	83,75 bz
Oldenburger Loose	138,00 B	

Ducaten 9,51 bz	Fremd.Bkn.
Sover. 20,36 G	einl. Leip. —
Napoleons 16,25 B	Oest. Bkn. 176,70 bz
Imperials 16,86 G	Russ. Bkn. 264,75 bz
Dollars 4,17 G	

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Part.-Obl.	5	131,00 bzG
Unk. Pid. d.Pt.Hyp.-B.	4½%	99,90 bzG
do. do.	5	99,70 bzG
Deutsch. Hyp.-Pf. B.	4½%	96,75 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4%	100,25 bz
Unkünd. do. (1872)	5	101,50 bz
do. rückz. b. 110	5	105,90 bz
do. do. do.	4%	98,60 bz
Urk. H.d.Pt.Bd.-Crd.	5	—
do. III. Em. do.	5	103,25 bz
Kündbr. Hyp.-Schuld.	5	99,75 G
Hyp.-Anth.Nord.-G.C.B.	5	101,25 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe . . .	5	105,75 G
do. II. Em. 5	101,50 bzG	
Goth. Präm.-Pf. I. M.	5	109,75 bz
do. II. Em. 5	106,90 bz	
do. 5% Pfr.kirzb.m. 110	5	102,90 bz
do. 4½% do. m. 110	4½%	96,60 bzG
Meiningen Präm.-Pfd.	5	102,90 G
Oest. Silberpfandbr.	3½%	55,00 G
do. Hyp.-Crd.-Pfd.	5	55,00 bzB
Pfd. d.Ost.-Bd.-Cr.-G.	5	88,90 B
Schles. Bodenb.-Pfd.	5	100,00 G
do. do.	4½%	94,25 G
Süd. Bod.-Crd.-Pfd.	5	102,00 G
do. do. 4½% 4½%	98,00 G	
Wlener Silberpfandbr.	5½%	49 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente . . .	41/5	64,70-75 bz
do. Papierrente . . .	41/5	60,40 bzG
do. Stär. Präm.-Anl.	4%	106,80 bz
do. Lott.-Anl. v. 69.	6	113,75 bzB
do. Credit-Loose . . .	—	338,00 B
do. do. do.	—	297,00 B
Buss. Präm.-Anl. v. 64	5	178,75 bz
do. do. 1846	5	178,75 bz
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	85,40 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfd.	5	89,20 bz
Guss. Poln. Schatz-obl.	5	86,50 bz
Pols. Pfandbr. III. Em.	5	—
Pols. Liquid.-Pfandbr.	5	68,50 G
Amerik. rückz. p. 1888	6	105,10 G
do. do. 1888	6	102,20 etba
do. 5% Anleihe . . .	5	101,75 bz
Französische Rente . . .	5	71,10-20 bz
Ital. neue 5% Anleihe	5	106,40 G
Ital. Tabak-Oblig.	6	106,40 G
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	4	78,25 bz
Ruman. Anleihe . . .	3	104,00 bz
Türkische Anleihe . . .	5	26,18 etba
Ung. 5% K.-Eisenz.-Anl.	5	72,30 G
Schwedische 10 Thlr.-Loose	48 G	
Finnische 10 Thlr.-Loose	49,00 B	
Türk.-Loose 41,70 bz		

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

Berg.-Mark. Serie II.	4½%	99,50 G
do. III. St. 3½% G.	3½%	94,75 G
do. do. do.	4%	90,00 bzG
Berl. Lomb.-R.	5	97,60 bzB
do. Hess. Nordbahn	5	103,70 bzB
do. do. do.	5	102,75 bzG
Berlin-Görlitz	4%	—
Breit. Lit. C.	4½%	—
Breslau-Freib.	4%	—
do. do. F.	4%	—
do. do. G.	4%	—
do. do. H.	4%	91,00 bzG
do. do. K.	4½%	91,00 bzG
Cöln-Minden III. Lita.	4	90,50 G
do. do. Lita.	4½%	92,25 G
do. do. IV.	5	90,90 bzB
Halle-Sorau-Guben	4½%	97,75 bz
Hannover-Altenbekken	4½%	—
Märkisch-Posen	5	—
M.-M. Staatsb.	1. Ser.	97,60 G
do. do. II. Ser.	96,69 G	
do. do. ObI. I. u. II.	97,00 G	
do. do. III. Ser.	96,50 G	
Oberschles. A. . .	4%	—
do. B. . .	3½%	—
do. C. . .	4%	—
do. D. . .	4%	—
do. E. . .	3½%	—
do. F. . .	4½%	—
do. G. . .	4%	98,90 bzG
do. H. . .	4½%	101,40 G
do. von 1853	5	103,00 G
do. von 1873	4	97,00 bz
do. Brigg.-Neiss.	4½%	—
do. Cosel-Oderb.	4	—
do. do.	5	103,50 bzG
do. Stargard-Posen	4	—
do. do. II. Em.	4½%	—
do. do. III. Em.	4½%	—
do. Ndrsch.Zwgsb.	3½%	76,30 bzG
Ostpreuss. Südbahn	5	102,10 G
Rechte-Oder-Ufer	5	104,40 G
Schlesw. Eisenbahn	4½%	98,40 G

Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

Divid. pro	1874	1875	Zf.
Aachen - Maastricht.	1	4	25 bzG
Berg. Märkisch.	3	4	80,70 bz
Berlin-Anhalt.	8½%	4	106,50 bz
Berlin-Dresden.	5	5	29 bz
Berlin-Görlitz.	0	4	32 bz
Berlin-Hamburg.	12%	4	172,50 B
Berl. Nordbahn.	0	fr.	
Berl.-Potsd.-Magd.	1%	4	77 bz
Berlin-Stettin.	9½%	4	126,75 bz
Böh. Westbahn.	5	5	78,60 bzG
Breslau-Freib.	7½%	4	80,25 bz
Cöln-Minden.	6½%	4	96,25 bz
do. Lit. B.	5	5	95,25 bz
Cuxhaven, Eisenb.	6	6	—
Dess.-Bodenbach.	5	5	12,40 bz
Gal. Kar.-Ludw.-B.	8½%	4	83 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	4	13,50 bzG
Hannover-Altenb.	0	4	17 bzG
Kaschau-Oderberg.	5	5	50,75 bzG
Kronpr. Rudolp.	2	5	64,20 bz
Ludwigsl. Exb.	2	4	176 bz
Märk.-Posener	0	4	23 bzG
Magdeb.-Halberst.	3	4	56,25 bzB
Magdeb.-Leipzig.	14	4	201,50 bz
do. Lit. B.	4	4	93,90 B
Mainz-Ludwigsl.	6	6	98 bzG
Oberschl.-A.C.D.E.	12	3½%	140,40 bzG
do. Lit. C.	12	3½%	130,50 bz
Oesterr.-Fr. St. B.	5	4	515-13 bz
Oest. Nordwestb.	5	5	241 bzB
Oest. Süd(Lomb.)	1½%	4	200-